



## MÄRKISCHER KREIS



Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 10/2559;  
hier: Öffentliche Anhörung im Landtag am 28.01.1988

### Stellungnahme des Märkischen Kreises

Der vorgelegte Gesetzentwurf, der in Art. 1 § 1 die Schließung der Fachhochschule Hagen im wesentlichen aus Gründen geringer finanzieller Haushaltsspielräume und aufgrund der demographischen Entwicklung im Lande NW vorsieht, hat im Märkischen Kreis große Besorgnis ausgelöst. Neben zahlreichen Reaktionen der betroffenen Fachhochschule, der Wirtschaft, Verbände und sonstigen Institutionen, die Ihnen teilweise auch direkt zugegangen sind, haben sich insbesondere auch die politischen Gremien der Städte und Gemeinden sowie die des Märkischen Kreises mit dieser Problematik befaßt.

Die Bürgermeister und Hauptgemeindebeamten aller 15 Städte und Gemeinden im Märkischen Kreis sowie Kreistag und Kreisverwaltung des Märkischen Kreises lehnen die Schließung der Fachhochschule ab. Sie fordern die Landesregierung auf, einer weiteren Schwächung der Struktur des Märkischen Kreises entgegenzuwirken, jungen Menschen die Chancen qualifizierter Ausbildung zu erhalten und den Bestand sowie den Ausbau der Fachhochschule Hagen mit den Standorten Hagen und Iserlohn zu sichern.

Zur Begründung dieser Forderung, die wiederholt in Schreiben und Resolutionen dem Ministerpräsidenten und dem zuständigen Minister des Landes vorgetragen wurde, dürfen wir an dieser Stelle aus der Sicht des Märkischen Kreises auf einige Aspekte hinweisen:

Der Märkische Kreis ist ein Flächenkreis mit rd. 410.000 Einwohnern auf einer Gesamtfläche von 1.058 qkm. Er ist Teil des gesamten märkischen Raumes mit etwa 1 Mio Einwohnern. Wie landesweit zu verzeichnen, ist auch im Märkischen Kreis die Bevölkerung um ca. 3,8 % zurückgegangen, wobei jedoch als besondere Auffälligkeit

**MMZ 10 / 1778**

darauf zu verweisen ist, daß in der Altersgruppe der 15- bis 30-jährigen in einem Zeitraum von 1975 bis 1985 ein Anstieg um 23,8 % auf insgesamt rd. 100.000 Personen erfolgt ist. Gerade für diese Personengruppe sind Ausbildungschancen zu eröffnen, sei es nun im Rahmen der beruflichen Erstausbildung oder zur Aufnahme eines Studiums an Fachhochschulen und Universitäten.

Wenn als Begründung für den Gesetzentwurf die demographische Entwicklung im Lande betrachtet wird, so dürfen diese Ergebnisse nicht pauschal auf alle Landesteile übertragen werden. Zu fordern ist eine regionalisierte Betrachtung, die den u. a. im Einzugsbereich der Fachhochschule Hagen vorliegenden und zu erwartenden demographischen Entwicklungen Rechnung trägt und das aus diesen Regionen kommende FH-Studentenpotential berücksichtigt.

Rund ein Drittel der gesamten Studentenschaft der Fachhochschule Hagen stammen direkt aus dem Märkischen Kreis. Der Anteil der Studenten aus dem gesamten märkischen Raum bei der Abteilung Iserlohn beträgt nahezu 50 %. Rund 52 % der Studenten kommen aus dem Märkischen Kreis und der Stadt Hagen. Nimmt man die unmittelbar an die Stadt Hagen angrenzenden Städte und Kreise hinzu, erhöht sich diese Prozentzahl auf 77,4. Betrachtet man, daß rd. 50 % der Absolventen der Fachhochschule Hagen ihre erste Anstellung in der heimischen Wirtschaft finden, erkennt man hieraus sehr deutlich die Zusammenhänge zwischen demographischer und technologischer Entwicklung.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die im Strukturwandel besonders wirksam werdenden vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Faktoren die Forschungs- und Technologiepolitik vor neue Herausforderungen stellen. Der Strukturwandel ist durch dynamische, technologische Innovationsprozesse sowohl bei neuen Produktionsverfahren als auch bei neuen Produkten und durch eine verstärkte Diversifikation der Produkt- und Leistungspalette der Unternehmen gekennzeichnet. Daraus ergeben sich regional und sektoral differenzierte tiefgreifende ökonomische Veränderungen. Es entwickeln sich neue konsum- und produktionsnahe Dienstleistungen. Innovative kleine und mittlere Unternehmen müssen zunehmend Zugang zu internationalen Märkten suchen, sich dort behaupten und dabei gegenüber etablierten Großunternehmen durchsetzen. Zur weiteren Unterstützung dieser Entwicklung benötigt die Region auch zukünftig eine eigene Märkische Fachhochschule.

Hierbei sind die Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur im Märkischen Kreis zu beachten.

Der Märkische Kreis ist eine Region mit ausgeprägter mittelständischer Struktur. Das Gewerbepotential, das sich hier entwickelt hat, muß zu den ältesten in Europa überhaupt gezählt werden. Typisch ist die klein- und mittelbetriebliche Struktur der Industrie und das verhältnismäßig homogene Branchengefüge, in dem auch heute noch die metall- und stahlverarbeitenden Firmen dominieren. Der Märkische Kreis hat mit 206 Industriebeschäftigten auf 1.000 Einwohner (vgl. Nordrhein-Westfalen 116, Bundesrepublik Deutschland 113) eine der höchsten Industriedichten in der Bundesrepublik. Der Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Tätigen im Märkischen Kreis liegt bei rd. 62 % (Nordrhein-Westfalen 39,5 % und Bundesrepublik Deutschland 39,1 %).

Die vorstehenden Zahlen veranschaulichen die herausragende Bedeutung des produzierenden Gewerbes für Wohlstand und Wachstum der märkischen Region.

Typisch für den Märkischen Kreis ist der hohe Bestand an kleinen und mittleren Unternehmen. Die Durchschnittszahl der Beschäftigten pro Betrieb liegt im Märkischen Kreis bei 115 (Nordrhein-Westfalen 181, Bundesrepublik Deutschland 156).

Als Branchenstrukturen herrschen traditionsgemäß die Grundstoff- und Produktionsgüterbranchen und das Investitionsgüter produzierende Gewerbe vor. Daneben zählen zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen noch der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Kunststoffverarbeitung. Gerade diese letztgenannten Branchen haben sich in den letzten zehn Jahren aufgrund der Probleme im metallverarbeitenden Bereich in besonderer Weise entwickelt.

Die vorstehende, nur an einigen Beispielen festgemachte Darstellung der wirtschaftsstrukturellen Situation im Märkischen Kreis als einem der Haupteinzugsbereiche der Fachhochschule Hagen macht deren Erhalt in der jetzt vorliegenden Form überdeutlich.

Es sind gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, denen es vielfach am notwendigen betriebswirtschaftlichen und technischen Know-how bzw. der Möglichkeit zu eigenen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mangelt.

Das Transferangebot der wissenschaftlichen Einrichtungen - so auch das der Fachhochschule Hagen - orientiert sich zunehmend an den Bedürfnissen der mittelständischen Wirtschaft und wird von dieser gesucht und genutzt.

Die qualifizierte und den Erfordernissen gerecht werdende Ausbildung von Nachwuchskräften erfordert den Technologietransfer und die Zusammenarbeit von Industrie und Hochschule. Die Attraktivität eines Wirtschaftsraumes für Unternehmen ist darüber hinaus insbesondere dadurch gegeben, daß durch die Nähe der Hochschule die Möglichkeit besteht, mit den dortigen Forschungseinrichtungen und Laboratorien vorhandene Problemstellungen zu lösen und notwendige Innovationen durchzuführen. Dies gilt gerade für die mittelständische Industrie, die in der Regel nicht über Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verfügt. An dieser Stelle darf auf die diversen Kooperationen zwischen der Industrie und der Fachhochschule, aber auch der Städte und Gemeinden und des Märkischen Kreises mit der Fachhochschule Hagen hingewiesen werden.

Nicht eine bloße Anpassung vorhandener Kapazitäten im Hochschulbereich an demographische Entwicklung darf im Vordergrund des politischen Handelns stehen, sondern im Gegenteil, es muß die Konkurrenzfähigkeit der Fachhochschule Hagen durch neue und zukunftsorientierte Studienangebote gestärkt werden. Die Region braucht nicht nur die Studiengänge Elektrotechnik, Maschinenbau, Produktionstechnik und physikalische Technik, sondern das breite Angebot der Fachhochschule Hagen und weitere im Aufbau begriffene Studienangebote wie Lichttechnik, medizinische Technik und Kunststofftechnik, die besonders für die Industrie unserer Region von großer Wichtigkeit sind.

Unter diesen Gesichtspunkten kann auch die Verlagerung des Fachbereiches Elektrotechnik der Fachhochschule auf die Fachhochschule Dortmund, Abt. Iserlohn, nicht akzeptiert werden.

Der Märkische Kreis ist der Überzeugung, daß die Fortführung des Fachbereichs Elektrotechnik in Iserlohn als Abteilung der Fachhochschule Dortmund keine ausreichende Zukunftsperspektive in sich birgt. Die unselbständige Abteilung, auch wenn sie die Bezeichnung "Märkische Fachhochschule" trägt, ist in besonderer Weise von den Zukunftsentwicklungen der Fachhochschule Dortmund abhängig. Betrachtet man die in Zukunft auch weiterhin zu erwartenden hohen Investitionskosten für diesen Fachbereich, so ist nicht auszuschließen, daß bei einer weiteren Konzentra-

MMZ10/1778

tion, insbesondere unter dem Zwang der knappen Haushaltsmittel, eine Verlagerung auch dieses Fachbereiches nach Dortmund erfolgen wird.

Der Märkische Kreis entbehrt bislang jeglicher wirtschaftlicher Hilfestellungen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung. Unter diesem Gesichtspunkt und der aufgezeigten wirtschaftlichen Monostruktur muß die Forderung nach Erhalt der Fachhochschule Hagen in der derzeit bestehenden Form bei gleichzeitigem Ausbau der innovationstragenden Fachbereiche bekräftigt werden.

Dies deckt sich mit den Ausführungen der landeseigenen "Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NW mbH" in dem Heft Nr. 6, Thema "Wirtschaftsförderung" (als Anlage beigefügt). Den auf Seite 25 ff. gemachten Ausführungen ist nichts hinzuzufügen. Ebenso aufschlußreich sind auch die Erkenntnisse aus dem Heft Nr. 49 der Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes "Bevölkerungsentwicklung und Regierungshandeln in NW - Stand Juli 1987". Auch diese Ausführungen zur Infrastrukturentwicklung des Landes bei Entlastung der Hochschulen von Ausbildungsaufgaben aufgrund rückläufiger Schülerzahlen sprechen für sich (z. B. siehe Seiten 90, 91 und 107 - als Anlage beigefügt) und stützen die hier vorgetragene Argumentation: "Die Infrastrukturwirkungen der Hochschulen für Wirtschaft und Gesellschaft der Region müssen gestärkt werden; Ausgaben für Hochschulen bedeuten gleichzeitig Beiträge zur regionalen Wirtschaftsförderung, zur Landesentwicklung, in vielen Fällen auch zur Kunst- und Kulturförderung".

Dieser regionalen Aufgabenstellung kann die Fernuniversität als einzige dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland nicht gerecht werden. Die Alternative kann daher nicht lauten: Fernuniversität oder Fachhochschule Hagen, sondern nur Fernuniversität und Fachhochschule Hagen mit den Standorten Hagen und Iserlohn.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist eine der wesentlichen Begründungen für die Auflösung der Fachhochschule Hagen die äußerst prekäre Finanzlage des Landes. Der Märkische Kreis und seine 15 Städte und Gemeinden haben gerade für dieses Argument viel Verständnis, da auch sie aufgrund ihrer Finanzlage zum äußersten Sparen angehalten sind und auch in ihren Bereichen nach Konzentrationsmöglichkeiten suchen müssen. Wenn trotzdem die Städte und Gemeinden und der Märkische Kreis in ihren Anstrengungen zur Erhaltung eines optimalen und gut ausgebauten Schulsystems nicht nachlassen, dann ausschließlich deshalb, weil es sich hier um Zukunftsinvestitionen handelt, die zur Wahrung der Chancen der jungen Menschen unerlässlich sind.

MMZ10/1778

Im Märkischen Kreis werden an insgesamt 24 berufsbildenden Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft rd. 18.000 Schüler (Stand: Schuljahr 1986/86) ausgebildet; davon sind allein 8 Schulen mit rd. 15.200 Schülern (Stand: Schuljahr 1987/88) in der Trägerschaft des Märkischen Kreises. Der Märkische Kreis wendet für die Errichtung und Unterhaltung dieser Schulen erhebliche Kreismittel auf. So wurden allein in den letzten rd. 10 Jahren für den Ausbau des Berufsschulwesens ca. 100 Mio DM an Bauausgaben investiert. Hinzu müssen noch umfangreiche Einrichtungsmaßnahmen gerechnet werden, wovon allein für die Ausstattung der Schulen mit neuen Informationstechniken rd. 21,5 Mio DM verausgabt wurden.

Der Märkische Kreis will mit diesen hohen Investitionen erreichen, daß eine Optimierung der Qualifikationen der Schüler und somit eine bessere Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt erfolgt. Diese auf breitester Ebene angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten bedürfen einer Fortsetzung im Hochschulbereich, welche regional vorzusehen und somit für die Studentenschaft auch gut erreichbar sind. Nur hierin ist eine Chancengleichheit für Studenten insbesondere aus ländlichen Bereichen zu sehen.

Zum Abschluß dieser Ausführungen sei noch auf einige weitere Fakten hinzuweisen.

Die Reaktionen auf den Gesetzentwurf zur Auflösung der Fachhochschule Hagen haben deutlich gezeigt, daß die Region die Fachhochschule Hagen mit allen Zweigen braucht, da gerade auch die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche eine Gewähr für die notwendige Umstrukturierung und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur leisten können. Die sich hieraus ergebenden gesamtgesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse können sozialverträglich und angemessen erfolgen. Der Erhalt der sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche der Fachhochschule Hagen sind als Investitionen in die Zukunft der gesamten Region und des Landes anzusehen.

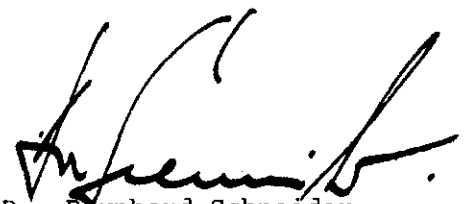
Wir bitten Sie daher, sich für den Erhalt einer eigenständigen Fachhochschule für den Märkischen Raum auszusprechen.

Lüdenscheid, 20. Januar 1988



Dr. Walter Hostert

Landrat



Dr. Bernhard Schneider

Oberkreisdirektor

Entscheidungsgrundlagen für den wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf verschafft werden.

**Institutionelle Ebene der Wirtschaftsförderung und ihre Instrumente**

gen Kontaktstellen für Technologietransfereinrichtungen eingerichtet. Diese Anlaufstellen übernehmen in erster Linie Beratungs-, Vermittlungs- und Informationsfunktionen; sie sollen die auf Außenstehende häufig fremd wirkenden und schwer zu überblickenden wissenschaftlichen Einrichtungen für die Unternehmen transparenter machen und Kooperationshemmnisse auf Seiten der Wirtschaft und der Forschung abbauen helfen. Dazu werden z. B. Informationen über die Forschungsvorhaben und Arbeitsgebiete der einzelnen Fachbereiche und über die den Fachbereichen zur Verfügung stehenden Einrichtungen wie Labors und Werkstätten bereitgestellt. Zur Verbesserung der Transparenz über Kooperationsmöglichkeiten, Forschungsvorhaben und Dienstleistungsangebote gibt es darüber hinaus für einige Regionen Nordrhein-Westfalens sog. Forschungshandbücher bzw. Forschungskataloge, die der Wirtschaft einen Überblick über das Spektrum aller Forschungseinrichtungen der Region, ihrer Arbeitsschwerpunkte und technischen Ausstattung verschaffen.

MMZ10/1778

**Wissenschaftliche Einrichtungen**

Wissenschaftliche Einrichtungen sind als Beteiligte an der Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren verstärkt in das Blickfeld vor allem regionalpolitisch motivierter Handlungsansätze gerückt. Durch den Wissenstransfer von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft und die Regionen soll die überlebensnotwendige Fähigkeit der Unternehmen gestärkt werden, sich an die rasch wandelnden Anforderungen des technischen Fortschritts und der Märkte anzupassen. Um das Potential der Wissenschaft intensiv zu nutzen, ist der Wissenstransfer in der Wirtschaft verstärkt systematisiert worden. Aus der Erkenntnis heraus, daß es besonders kleinen und mittleren Unternehmen vielfach am notwendigen betriebswirtschaftlichen und technologischen Know-how bzw. der Möglichkeit zu eigenen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mangelt, orientiert sich das Transferangebot der wissenschaftlichen Einrichtungen zunehmend an den Bedürfnissen der mittelständischen Wirtschaft.

Eine weitere Form des Technologietransfers von der Wissenschaft zur Wirtschaft stellt die Mitwirkung wissenschaftlicher Einrichtungen an Organisation und Management von lokalen Innovations- und Gründerzentren dar. Ihr Engagement, das häufig auch durch Kooperationsverträge mit regionalen Instanzen wie den Kammern gesichert wird, konzentriert sich auf die Bereitstellung apparativer Einrichtungen, andere infrastrukturelle Hilfestellungen sowie Beratungs- und Vermittlungsleistungen. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß diese besondere Art von Technologietransfer auch dem Personaltransfer in die Wirtschaft im Sinne von spin-off-Gründungen zugute kommt, denn ein beträchtlicher Teil der Existenzgründer in den Parks war vorher in Universitäten und Forschungseinrichtungen tätig.

Als Form der Wissensvermittlung werden neben Auftragsforschung und Gutachtertätigkeit in verstärktem Maße Fachseminare, Vortrags- und Weiterbildungsveranstaltungen angeboten. Im Bereich des Ausbildungswesens widmen sich einige Hochschulen darüber hinaus auch den speziellen Problemen der Existenzgründung und der Gründerqualifikation. Als Beispiel sind hier die Universitäten Köln und Bonn zu nennen, die Vorlesungen und Seminare zur Vorbereitung ihrer Hochschulabsolventen auf eine eventuelle Existenzgründung abhalten.

Die wirtschaftsfördernde Funktion wissenschaftlicher Einrichtungen beschränkt sich schließlich auch keineswegs auf ingenieur- und naturwissenschaftliche Fachbereiche oder auf die unmittelbare Kooperation zwischen Forschung und gewerblicher Wirtschaft. Wirtschaftsförderung durch wissenschaftliche Institutionen schließt vielmehr andere Bereiche der Zusammenarbeit mit Unternehmen z. B. in betriebswirtschaftlichen Fragen wie die Ermittlung des Marktpotentials eines neuen Produktes ebenso mit ein wie die Beratung anderer Institutionen der Wirtschaftsförderung, denen etwa durch Struktur- oder Standortanalysen wissenschaftlich abgesicherte

Zur systematischen Forcierung speziell des Technologietransfers haben zahlreiche Hochschulen und Forschungseinrichtun-

#### 8.4 Perspektiven der Hochschulentwicklung

B/2  
MMZ10/1778

Die Lösung der drängenden Zukunftsfragen des Landes, seine ökologische und ökonomische Erneuerung, wird wesentlich vom innovativen Potential der Gesellschaft bestimmt. Innovatives Potential wird vor allem in den Hochschulen in Forschung und Ausbildung entwickelt. Hochqualifizierte, von den Hochschulen modern ausgebildete Nachwuchskräfte werden in der Lage sein, die notwendigen Strukturveränderungen im Lande zu vollziehen. Leistungsfähige Forschung wird die Wege und Mittel weisen, die zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen und Ziele für die weitere soziale Entwicklung setzen können. Investitionen für Ausbildung und Forschung sind wichtige Investitionen für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen und für die Stärkung der Leistungskraft des Landes. Die Landesregierung setzt konsequent die Politik fort, die Bildungsreserven des Landes auszuschöpfen.

Das Land braucht nicht nur Spitzenforscher, sondern eine breite Schicht hochqualifizierter Männer und Frauen, mit denen es gelingen wird, den gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die der Strukturwandel des Landes an uns stellt, zu begegnen. Dafür ist das in der Vergangenheit geschaffene dichte Hochschulnetz unabdingbare Voraussetzung. Zu große Entfernungen zum Hochschulort führen auch heute noch bei manchen Jugendlichen aus finanziellen Gründen zu einem Studienverzicht. Das Land muß ein Interesse daran haben, daß die nachwachsende Generation die Hochschulen des Landes besucht. Wer hier studiert, ist eher bereit, seine berufliche Tätigkeit im Lande zu beginnen. Humankapital, eine der wichtigsten Ressourcen bleibt damit dem Lande erhalten.

Hochschulen bereichern das kulturelle Leben ihrer Region und schaffen ihrerseits veränderte Nachfragen nach kulturellen Angeboten. Wichtige Impulse sind in der jüngeren Vergangenheit von den künstlerischen Hochschulen ausgegangen; Kunsthochschulen sind anders als in der Vergangenheit heute vielfach Avantgarde künstlerischer Entwicklung. Die in diesen Hochschulen vorhandenen innovativen Kräfte müssen auch in Zukunft erhalten und durch Einbeziehung neuer künstlerischer Medien und Ausdrucksformen gestärkt werden.

Die Anpassung der Kapazitäten an den sich ändernden Bedarf nach Ausbildungsleistungen stellt sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ein zentrales Problem zukünftiger Hochschulentwicklung dar. Neben dem Umfang und der Nachfrage der Ausbildungsleistungen wird künftig die Qualität des Angebots von zentraler Bedeutung sein. Für die Entwicklung des Landes insgesamt muß die Qualität der Hochschulen weiter verbessert werden.

Die Hochschulen sind aber auch in struktureller Hinsicht einem starken Veränderungsdruck unterworfen. Während in geisteswissenschaftlichen Fächern ein überdurchschnittlicher Rückgang der Studentenzahlen zu verzeichnen ist, sind entsprechende Veränderungen im naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich nur unterproportional festzustellen.



Ferner sind die Zunahme neuer inhaltlicher Studienangebote, der Trend zu fortgesetzten Qualifizierung und die Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten durch die Hochschulen Beispiele für die sich wandelnden Anforderungen bzw. Schwerpunktsetzungen.

Die Landesregierung sieht in der dichten Hochschullandschaft einen der entscheidenden Faktoren für die Zukunft des Landes und ein besonders wirksames Instrument ihrer Strukturpolitik.

Das regionalisierte Hochschulsystem Nordrhein-Westfalens bleibt auch in den 90er Jahren in seiner Vielfalt von Standorten und Hochschultypen erhalten.

Die Regionalisierung hat sich im Hinblick auf die Ausschöpfung von Bildungsreserven und Infrastrukturwirkungen der Hochschulen bewährt.

Die Öffnungspolitik für den Hochschulbereich, die die Landesregierung im letzten Jahrzehnt durch die soziale Öffnung für bislang bildungsferne Schichten, die regionale Öffnung und damit durch die Erschließung zusätzlicher Bildungsreserven und die inhaltliche Öffnung durch differenzierte und gestufte Studienangebote betrieben hat, wird aufrechterhalten.

Die Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen muß verstärkt werden. Ziel kann nicht mehr sein, nach Möglichkeit jedes Fach an jeder Hochschule anzubieten. Benachbarte Hochschulen müssen ihr Studienangebot mit dem Ziel aufeinander abstimmen, nicht mehr erforderliche Parallelangebote aufzugeben. Es muß sichergestellt sein, daß notwendige Fächerkombinationen an ein und derselben Hochschule studiert werden können. Die Einbeziehung von Fernstudienangeboten der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen in Präsenzstudienangebote sollte verstärkt werden. Landesweit muß ein ausgewogenes Fächerangebot vorhanden sein.

Neben der Arbeitsteilung müssen vor allem räumlich nah beieinanderliegende Hochschulen feste Formen der Kooperation eingehen mit dem Ziel, gemeinsame, aufeinander abgestimmte Ausbildungsangebote zu entwickeln. Vor allem kleinere Hochschulen sollen mehr als bisher Verwaltungsgemeinschaften bilden. Ziel ist es, die Hochschulen im Lande gleichmäßiger auszulasten; nicht nachgefragte Studiengänge bringen keinen Attraktivitätsgewinn für die Hochschule; sie entfalten keine Auswirkungen auf die Region. Bei zurückgehender Nachfrage müssen auch Parallelprofessuren in großen Fachbereichen und Fakultäten reduziert werden; die Mindestausstattung der Fächer und ihre Forschungsfähigkeit müssen erhalten bleiben.

Die besonderen Bedürfnisse der noch im Aufbau befindlichen Hochschulen, die wesentlich zur regionalen Öffnung des Hochschulwesens beitragen, müssen berücksichtigt werden. Die Entwicklung dieser Hochschulen darf nicht abbrechen.

Auch unter dem Aspekt gesellschaftlichen Bedarfs werden die Fächer in Umstrukturierungsüberlegungen einzubeziehen sein, die heute einem Auswahlverfahren unterliegen. Dies gilt vor allem für Medizin. Auch bei heute noch stark nachgefragten Studiengängen, die vornehmlich für staatliche und kommunale Arbeitgeber ausbilden, ist der voraussehbare Personalbedarf von Kommunen und Staat zu berücksichtigen.

Die Infrastrukturwirkungen der Hochschulen für Wirtschaft und Gesellschaft der Region müssen gestärkt werden; Ausgaben für Hochschulen bedeuten gleichzeitig Beiträge zur regionalen Wirtschaftsförderung, zur Landesentwicklung, in vielen Fällen auch zur Kunst- und Kulturförderung.

Entsprechend der sich abzeichnenden technologischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen müssen neue Studienangebote für neue akademische Berufe entwickelt werden, um zu verhindern, daß die Hochschulausbildung veraltet und den qualitativen Anforderungen des Beschäftigungssystems nicht mehr entspricht. Zwar kann sich das Lehrangebot der Hochschulen nicht an kurzfristigen Arbeitsmarktbedürfnissen orientieren; andererseits müssen die vorhersehbaren Anforderungen des Arbeitsmarktes nach hochqualifizierten Kräften außerhalb der traditionellen Akademikerberufe in der Planung berücksichtigt und entsprechende Qualifikationsprofile in der Ausbildung entwickelt werden. Das gilt auch für die Geisteswissenschaften.

Die Hochschulen müssen in der Zukunft personell und sachlich in der Lage sein, Weiterbildungsangebote zu entwickeln und anzubieten. In der Weiterbildung befinden sich die Hochschulen in Konkurrenz mit einer Vielzahl privater und kommunaler Anbieter. Es kann nicht Aufgabe des Hochschulsystems sein, diese anderen Weiterbildungsträger zu verdrängen. Wie in der Weiterbildung insgesamt werden auch die wissenschaftlichen Angebote nicht kostenlos angeboten. Die Bemessung der zu fordernden Entgelte soll sich auch nach der Attraktivität der Weiterbildungsangebote für potentielle Abnehmer und nach der Leistungsfähigkeit der Abnehmerseite richten; das Angebot von Weiterbildungsstudien kann damit zu einem Instrument werden, Drittmittel einzuwerben und den Hochschulen zusätzliche finanzielle Bewilligungsspielräume öffnen.

Die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems hängt auch vom kontinuierlichen Zugang junger Wissenschaftler ab. Die Hochschulen müssen bei stagnierenden oder zurückgehenden Ausbildungsaufgaben in der Lage sein, kontinuierlich und dauerhaft Nachwuchswissenschaftler an sich zu binden, um der Gefahr der Erstarrung des Systems zu begegnen.

Die Attraktivität der Hochschulen erfordert zum einen eine bestimmte Fächervielfalt, um das Neigungs-, Interessen- und Leistungsspektrum optimal ausschöpfen zu können. Attraktivität über den engeren Einzugsbereich hinaus wird vor allem bei kleineren Hochschulen durch Schwerpunktbildung und Profilierung in einzelnen Gebieten geschaffen. Herausragende Leistungen in Schwerpunktgebieten verbessern das allgemeine Ansehen der Hochschule und entfalten Nachzugseffekte auch für andere Fächer der Hochschule.

Es ist nicht möglich, die Personal- und Sachausstattung an allen Standorten in allen Fächern nach Spitzenmaßstäben zu gewährleisten. Auch hier ist Abstimmung notwendig. Die Hochschulen müssen in der Lage bleiben, Schwerpunkte entsprechend sich ändernden Verhältnissen zu verlagern.

Ziel künftiger Hochschulpolitik ist es, die in den 90er Jahren eintretende deutliche Entlastung der Hochschulen von Ausbildungsaufgaben für eine verstärkte Wahrnehmung der Forschungsaufgaben und der Funktionen in der Infrastrukturentwicklung zu nutzen. Der Personalbestand der Hochschulen wird sich verringern, jedoch nicht proportional zu dem erwarteten Rückgang der Studienanfängerzahlen von etwa 30 Prozent.

Die Zahl der Studienanfänger hängt ganz wesentlich von der Übergangsquote aus dem Schulsystem in das Hochschulsystem ab. Verlässliche Prognosen lassen sich kaum stellen, da das Übergangsverhalten von einer Vielzahl von Faktoren abhängig ist, auf die das Bildungssystem kaum Einfluß hat. Die Kultusministerkonferenz rechnet mit Übergangsvarianten von 60, 70 und 80 Prozent der Studienberechtigten eines Jahrganges.

Die Landesregierung geht derzeit für Nordrhein-Westfalen von einer Übergangsquote von langfristig 60 bis 65 Prozent aus.

Diese Schätzung beruht auf folgenden Annahmen:

- Ein größerer Teil der Hochschulzugangsberechtigten erwirbt die Hochschulzugangsberechtigung in einem Bildungsweg, der nicht primär auf ein Hochschulstudium ausgerichtet ist. Auch bei den Schülern der allgemeinbildenden Klassen der Sekundarstufe II scheint die enge Verknüpfung von Abitur und Studium, die in der Vergangenheit zu beobachten war, schwächer zu werden.
- Bei dem hohen Anteil der Hochschulzugangsberechtigten eines Altersjahrgangs ist das Neigungs- und Leistungsfähigkeitsspektrum so breit, daß aufgrund von Eignung und Interesse ein höherer Anteil der Hochschulzugangsberechtigten als in der Vergangenheit alternative Ausbildungswege zur Hochschule wählt.
- Der Rückgang der Schülerzahlen im Bereich der Sekundarstufe I führt in relativ kurzer Zeit zu einer steigenden Nachfrage nach Auszubildenden im dualen System, die von den Schulabgängern der Sekundarstufe I nicht mehr befriedigt werden kann. Die bereits heute zu beobachtende Tendenz, daß ein stark steigender Anteil der Hochschulzugangsberechtigten sich um eine Berufsausbildungsstelle bewirbt, könnte sich aufgrund dieser Sogwirkung verstärkt fortsetzen.

- Auf der anderen Seite wird berücksichtigt, daß das Berufswahlverhalten der Jugendlichen sich in den letzten Jahren stark verändert hat. Der Zeitraum zwischen Schulabschluß und Übergang in die Hochschule scheint immer länger zu werden, weil Phasen der beruflichen Ausbildung zwischengeschaltet werden. Von den 1983 in Berufsausbildung befindlichen Hochschulzugangsberechtigten wollten ein halbes Jahr nach Ausbildungsbeginn noch insgesamt 34 Prozent im Anschluß an die Berufsausbildung ein Studium aufnehmen. Den höchsten Anteil an Studierwilligen hatten die Fertigungsberufe mit 64 Prozent.
- Die sinkende Übergangsquote vom Schulbereich in den Hochschulbereich ist in hohem Maße durch den Studienverzicht von jungen Frauen bedingt. Hier wirken sich die schlechten Berufschancen in kulturwissenschaftlichen Fächern aus, die mehrheitlich von Frauen studiert werden und hier vor allem im Lehramt. Es ist die erklärte Zielsetzung der Frauenpolitik der Landesregierung, Frauen verstärkt zu motivieren, naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Fächer zu studieren; so dürfte der heute zu beobachtende Studienverzicht teilweise kompensiert werden.

Diese Annahmen werden durch eine Sonderauswertung der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) vom Januar 1986 aus Längsschnittuntersuchungen bei den Studienberechtigten 1976, 1978, 1980 und 1983 in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet gestützt. Danach ist die Studierneigung von 1976 bis 1983 von 84 Prozent auf 72 Prozent zurückgegangen. Bedeutsam ist, daß die Studierneigung bei Männern immer noch bei 81 Prozent, bei Frauen aber nur noch bei 62 Prozent liegt. Nordrhein-Westfalen liegt damit im Bundestrend, der einen Rückgang der Studienbereitschaft von 83 Prozent auf 72 Prozent im gleichen Zeitraum ausweist.

Der Rückgang der Studierneigung ist besonders ausgeprägt bei Schulabsolventen mit Fachhochschulreife. Von 1976 bis 1983 ist ihre Studierneigung in Nordrhein-Westfalen von 83 Prozent auf 65 Prozent zurückgegangen, im Bundesgebiet lediglich von 80 Prozent auf 67 Prozent. Am stärksten ist die Studierneigung bei Frauen mit Fachhochschulreife zurückgegangen, von 65 Prozent im Jahr 1976 auf 49 Prozent im Jahr 1983. Hier ist die Übereinstimmung mit dem Bundestrend deutlich größer als bei der Gesamtzahl der Schulabgänger mit Fachhochschulreife. Selbst wenn sich dieser überproportionale Rückgang in Zukunft bei den Schülern mit Fachhochschulreife fortsetzen sollte, fiel das wegen des relativ und absolut sinkenden Bestands an Schulabgängern mit Fachhochschulreife in der Zukunft geringer ins Gewicht.

Die angenommene langfristige Übergangsquote von 60 bis 65 Prozent ist also eine eher skeptische Schätzung, die Sogeffekte der beruflichen Ausbildung, die steigende Neigungsdifferenzierung und die veränderte Einschätzung zur Kopplung von Abitur und Studium berücksichtigt. Die Schätzung muß auf der Basis der Erkenntnisse der folgenden Jahre möglicherweise korrigiert werden. Der zu erwartende Rückgang der Studienanfängerzahlen wird zuerst dazu genutzt werden müssen, die derzeit in vielen Bereichen der Hochschulen noch bestehenden Überlasten in der Ausbildung abzubauen.

Die in den 60er und 70er Jahren neu gegründeten Hochschulen haben in den kommenden Jahren einen starken Ersatzbedarf bei ihrer Geräteausstattung. Die Spitzenstellung in naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Forschung zu halten, ist nur noch mit einer Geräteausstattung auf dem jeweils neuesten Stand der Technik möglich. Auch Fächer, die früher mit relativ geringen Ausstattungen auskamen, benötigen, um konkurrenzfähig zu bleiben, Geräte wie Forschungsrechner und Arbeitsplatzrechner. Der räumliche Ausbau der Hochschulen hat das Ausbauziel zu etwa 96 Prozent erreicht. Ein weiterer Ausbau ist damit nicht mehr erforderlich, statt dessen werden Sanierung und Umbaumaßnahmen dringlich. Die Ansätze für die Mittel für Forschung und Lehre, für Bibliotheken und EDV und die Investitionsmittelansätze können nicht parallel zu möglichen Personaleinsparungen vermindert werden.